



Sitzblockaden gegen Krisengewinnler | 2, 3

Seit gestern demonstrieren Tausende in der Bankenmetropole Frankfurt: Proteste vor der EZB und am Flughafen

Skolkowo im Zwielficht | 6

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Russlands Premier Medwedjew ist Pate eines Großprojekts, das ihm auf die Füße fallen könnte



Sonnabend/Sonntag, 1./2. Juni 2013

68. Jahrgang/Nr. 125 • Bundesausgabe 1,90 €, Auslandspreis 2,30 €

Russische Kampffjets für Syrien

Verhandlungen laufen derzeit in Moskau

Moskau/New York (AFP/nd). Russland könnte nach eigenen Angaben zehn Kampfflugzeuge an die syrische Regierung liefern. »Eine syrische Delegation ist derzeit in Moskau, die Details des Vertrags werden gerade ausgehandelt«, sagte der Chef der Herstellerfirma, Sergej Korotkow, am Freitag laut russischen Nachrichtenagenturen. Es könne sich um Kampffjets vom Typ MiG-29 MM2 handeln. Korotkow zeigte sich überzeugt, dass die Kampffjets an Syrien geliefert werden. Russland ist wichtigster Verbündeter der syrischen Führung von Präsident Baschar al-Assad. Ungeachtet scharfer Kritik aus dem Westen hält Moskau an Waffenlieferungen an das Bürgerkriegsland fest. Assad hatte bereits am Donnerstag indirekt den Erhalt hochmoderner russischer Luftabwehrraketen bestätigt. Russische Medien berichteten hingegen am Freitag, die Waffen seien bislang nicht in Syrien eingetroffen.

Für ein Foto von syrischen Rebellen ist der AFP-Mitarbeiter Javier Manzano mit dem Pulitzer-Preis geehrt worden. Der 37-Jährige nahm die Auszeichnung am Donnerstag bei einer Feier an der Columbia-Universität in New York entgegen. Die ausgewählte Aufnahme Manzanos zeigt zwei syrische Rebellen, die sich mit Waffen in der Hand in einem Versteck aufhalten, in das nur wenig Licht durch Einschusslöcher fällt. Manzano hatte das Bild im Oktober in der syrischen Stadt Aleppo aufgenommen. *Seiten 5 und 8*

Unten links

Ausverkauf! Schluss mit der Doppel-moral – zumindest in Paris. An der Seine kann ab sofort nicht mehr öffentlich Wasser gepredigt und heimlich Wein getrunken werden. Denn die Weinvorräte des Elysee-Palastes sind in den vergangenen zwei Tagen nach einer Auktion erheblich geschrumpft. Und Frankreich ist um einige hunderttausend Euro reicher. Das wird zur Bewältigung der Krise zwar nicht ganz reichen – aber trunken machen kann die noble Geste des freiwilligen Genussverzichts des Präsidenten schon. Alten Wein in neuen Händen schluckt das Volk eben allemal lieber als alten Wein in neuen Schläuchen. Und was für eine zusätzliche Botschaft: Der Sozialist Hollande schmeißt die Flaschen raus, mit denen im Keller hat er den Anfang gemacht. Eine wahrhaft berauschende Aussicht für die unzufriedenen Franzosen. In vino veritas? Wahrheit ist eine zutiefst nüchterne Angelegenheit. Und ist es etwa nicht wahr, dass Hollande in Umfragen gerade am Absaufen war? *oer*

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-3375



Kinder, Kinder

Allen groß gewordenen Kindern und Kind gebliebenen Erwachsenen, den Kinderlosen, den Rackern und Rabenmüttern, den Hosenscheißern und Hausmännern, allen Kindern mit großen Sorgen und kleinen Wünschen ist diese Ausgabe gewidmet. Ganz viel Kinderkram zum Kindertag ab Seite W1



Foto: ddpi

In den Drohnenkrieg verwickelt

Ohne die US-Basen in Stuttgart und Ramstein keine Angriffe in Afrika

Von Uwe Kalbe

Drohnen der US-Armee können in Somalia nur dank einer Datenübermittlung über den deutschen US-Stützpunkt Ramstein ihr tödliches Werk tun. Die Bundesregierung stellt sich unwissend.

Am Donnerstag kam es zum jüngsten bekannt gewordenen Angriff. Die USA töteten bei einem Drohnenangriff im Grenzgebiet zu Afghanistan den Vizechef der pakistanischen Taliban. Beinahe sind solche Meldungen zur Gewohnheiten geworden. Dank dieser Gewöhnung kann Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière (CDU) unverdrossen den Drohnen-Beschaffungsdisput am Leben erhalten – trotz aller Kritik an der in den Sand gesetzten Finanzierung der für die deutschen Streitkräfte geplanten Euro-Hawks. Einen Rück-

tritt des Verteidigungsministers hat außer der LINKEN bisher jedenfalls keine Bundestagspartei gefordert.

Wie tief Deutschland längst in den Drohnenkrieg verstrickt ist, zeigen jüngste Meldungen über die Kommandostrukturen für den Einsatz amerikanischer Drohnen in Afrika. Die Hinrichtungen werden demnach vom Afrika-Kommando der US-Streitkräfte in Stuttgart und vom rheinland-pfälzischen Luftwaffenstützpunkt Ramstein aus geplant und unterstützt, berichteten die »Süddeutsche Zeitung« und das ARD-Magazin »Panorama«.

Nach der Entscheidung im Weißen Haus in Washington steuern die Piloten von ihren

Stützpunkten in den USA die Drohnen in ihre Ziele, meist vermeintliche Al-Qaida-Ableger in Somalia. Dort sollen seit 2007 auf diese Weise bis zu 27 Menschen getötet worden sein, darunter bis zu 15 Zivilisten. Für Planung und Koordination der Einsätze ist den Berichten zufolge das US-Kommando »Africom« in Stuttgart zuständig. Den Kontakt zu den Drohnen können die Piloten in ihren sicheren Stützpunkten nur über ei-

»Höchste Zeit, dass das souveräne Deutschland den USA verbietet, von Deutschland aus Krieg zu führen.«
Gregor Gysi auf Twitter

ne Satellitenanlage in Ramstein halten, wie es in den Medienberichten heißt. Ohne die Relaisstation könnten die Angriffe nicht stattfinden. Die Drohnen selbst sind in der Nähe der Zielgebiete stationiert.

Die völkerrechtlichen Bedenken, die die Einsätze begleiten, beeindrucken weder die USA noch die Bundesregierung. Letztere sieht in den tödlichen Angriffen keine Anhaltspunkte für ein völkerrechtswidriges Verhalten. Und über die Bedeutung der USA-Stützpunkte in Deutschland stellt sie sich unwissend. Man habe keine Erkenntnisse darüber, wird in den Berichten Regierungssprecher Steffen Seibert zitiert.

Dies ist wenig glaubhaft, wie ein Bericht der US-Streitkräfte nahelegt, der auf eine enge Zusammenarbeit amerikanischer, marokkanischer und deutscher Streitkräfte schließen lässt. Darin ist von der gemeinsamen Ausbildung und Unterweisung an der Drohne »RQ-11B Raven« im April dieses Jahres in Agadir die Rede, gespickt mit den beeindruckten Kommentaren der deutschen Militärs.

Kolumne

Wie links können Journalisten sein?

Von Tom Strohschneider

»Wie links können Journalisten sein?«, lautet der Titel eines Büchleins. Es handelt von Pressefreiheit und Profit, vom Sterben vieler Zeitungen und der Macht einiger Medien. »Ist es erlaubt«, liest man im Vorwort, »in diesem Zusammenhang das Wort Herrschaftsstruktur zu benutzen, und wenn das Wort gnädigerweise zugelassen wird, ist dann die bescheidene Frage erlaubt, wer denn wie, wo und womit herrscht oder wer da von wem wie, wo und womit beherrscht wird?«

Geschrieben hat diese Zeilen Heinrich Böll und das Buch, von dem hier die Rede ist, erschien 1972. Seither ist viel geschehen, doch worum es in dem Bändchen geht, ist bis heute aktuell geblieben: Wie muss eine Öffentlichkeit gestaltet sein, um die Bezeichnung demokratisch zu verdienen? Wo und durch wen wird diese demokratische Öffentlichkeit bedroht in einer kapitalistischen Welt, in der noch die kleinste Nachricht Warencharakter annimmt; in der die Grenzen zwischen PR, Politikberatung und Journalismus verschwimmen? Und was kann da eine linke Zeitung ausrichten?

Karl Marx hat einmal gesagt, die erste Freiheit der Presse sei, kein Gewerbe zu sein. Heute zeigt sich, dass es eine wirkliche Freiheit der Medien nicht geben kann, wo gewerbliche Postulate immer stärker durchschlagen. Klar, eine Zeitung muss sich verkaufen. Aber jede davon ist Teil eines Ganzen, das mehr wert ist, als sich in Euro und Cent je ausdrücken lässt.

Dieses Ganze ist zunehmend bedroht. 2012 hat die Zeitungsbranche das dunkelste Jahr ihrer Nachkriegsgeschichte erlebt, die Zahl der erwerbslosen Journalisten ist in den vergangenen zwölf Monaten sechs Mal schneller gestiegen als die der Erwerbslosen insgesamt. Zeitungen schließen, die Konzentration nimmt zu, die Vielfalt weiter ab: Fast die Hälfte der Bevölkerung hat daheim im Ort nur eine Zeitung – also keine Auswahl. Und wenn die »Bild«-Zeitung ankündigt, einen Tag vor der Bundestagswahl eine kostenlose Ausgabe an alle Haushalte zu verteilen, dann ist Bölls bescheidene Frage aus dem Jahr 1972, »wer denn wie, wo und womit herrscht«, schon ein bisschen beantwortet.

Richtig ist aber auch: Linke Zeitungen sollten sich nicht hinter der allgemeinen Klage



Tom Strohschneider
ist Chefredakteur des
»neues deutschland«.

nd-Foto: Camay Sungu

über die Zeitungskrise verstecken. Wo es um kritischen Journalismus und Gegenöffentlichkeit geht, um Parteilichkeit nicht mit einer Organisation oder einem Anzeigenkunden, sondern mit denen, die sonst keine Stimme hätten, hilft nur Angriffslust. Was wir erreichen wollen, nimmt uns keiner ab – ökonomische Alphabetisierung, Suche nach Alternativen, Lust an einer Kultur des Zweifels und an einem Blatt, das denen trotz aller Kritik an dieser Welt auch Spaß machen soll, die es täglich nicht missen möchten. Dass das nd-Pressesfest in diesem Jahr vor der Berliner Volksbühne stattfindet, ist ein schönes Symbol dafür, was eine Zeitung auch sein kann. Und es ist für uns die beste Möglichkeit im Jahr, mit denen ins Gespräch zu kommen, ohne die es diese Zeitung nicht geben könnte.

Das »neue deutschland« ist nichts ohne seine Leserinnen und Leser – selbst die beste linke Tageszeitung braucht und verdient aber auch mehr davon. Damit es in Zukunft weiterhin eine täglich lesbare Antwort auf die Frage gibt, wie links Journalisten sein können.

Jene, die da, wie Heinrich Böll es sagte, »wie, wo und womit herrschen«, haben uns verdient. Und die kritische, demokratische Öffentlichkeit braucht uns.